

50.2 - Soziale Planungs- und Beratungsaufgaben für Senioren und Menschen mit Behinderungen

M i t t e i l u n g

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Auss.für Angel.von Menschen mit Behinderungen	03.12.2007	Kenntnisnahme

Tagesordnungs-Punkt	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.10.2007
---------------------	--

Vorbemerkungen:

Mit dem als Anlage beigefügten Schreiben vom 31.10.2007 beantragte die SPD-Kreistagsfraktion, zu den gestellten Fragen zur Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung in der Kreisverwaltung Stellung zu nehmen.

Erläuterungen:

Zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ist aus Sicht der Verwaltung Folgendes zu berichten:

Wie viele Menschen mit Behinderungen sind in der Kreisverwaltung beschäftigt?

Im Jahr 2006 waren bei der Kreisverwaltung 83 Menschen mit Behinderung (46 männlich, 37 weiblich) beschäftigt, was einer Beschäftigungsquote von 6,11 % entspricht.

Wo sind sie eingesetzt?

Der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgte in allen Bereichen des Hauses.

Welche Qualifikation haben sie?

Die Qualifikationen der bei der Kreisverwaltung beschäftigten Menschen mit Behinderung geben weitgehend einen Querschnitt der Verwaltung wieder. Beschäftigte finden sich im höheren, gehobenen und mittleren Dienst und arbeiten als Ingenieure/-innen, Techniker/-innen, Psychologen und Psychologinnen, Sozialarbeiter/-innen etc.

Wie werden sie gefördert/weitergebildet, welche Entwicklungs-/Aufstiegschancen haben sie?

Die Qualifizierungs- und Aufstiegschancen von Beschäftigten mit einer Behinderung entsprechen denen der Beschäftigten ohne Behinderung.

Welche Fluktuation gibt es?

Die Beschäftigungsquote bei den Menschen mit Behinderung ist in den letzten Jahren konstant. Es gibt eine normale altersbedingte Fluktuation.

Werden auch jugendliche Menschen mit Behinderungen in die Ausbildung übernommen?

Bei gleicher Eignung werden Menschen mit Behinderung vorrangig berücksichtigt. Die Schwerbehindertenvertretung ist in die Auswahlverfahren involviert.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Zur Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen am 03.12.2007.